



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21031 - 33
Fernschreiber 0 888 890

P/XV/189 - 20. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Hilfe für Entwicklungsländer

98

Rückblick und Zukunftsaufgabe

Von Heinz Futzrath,

Leiter des ausenpolitischen Referats beim Vorstand der SPD

3

Belgien nach dem ersten Parlamentssturm

49

Hintergründe und Folgen der
politisch- wirtschaftlichen Krise

Von unserem Korrespondenten Georg Scheuer, z.Zt. in Brüssel

4

"Wasserkopf" Budapest - Ungarn dezentralisiert

42

In der Hauptstadt sind 45 Prozent der
Industriearbeiter beschäftigt

5 - 5a

Kommunalwahlen mit "Rathauspartei"

66

Ein unstrittenes Problem

6

Sozialdemokraten in der Verantwortung
Aufbauleistungen in deutschen Städten

Bottrop - Vertrauen der Bürger gerechtfertigt

70

Von Bürgermeister Otto Joschko

* * * * *

Hilfe für Entwicklungsländer

Rückblick und Zukunftsaufgabe

Von Heinz Putzrath,

Leiter des ausserpolitischen Referats beim Vorstand der SPD

Es ist noch kein Jahrzehnt her, dass man in Deutschland von den Entwicklungsländern kaum Notiz nahm. Man war, verständlicherweise, zu sehr mit den eigenen Problemen beschäftigt. Der Kalte Krieg konzentrierte sich immer wieder vorwiegend auf Europa und auf das gespaltene Deutschland. Selbst die führenden Nationen der beiden grossen Blöcke, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, befassten sich zu dieser Zeit nicht eigentlich mit Fragen der Hilfe für die Entwicklungsländer. Sie dachten fast nur an deren militärischen Wert oder Unwert und nicht an die anderen Probleme, vielleicht weil sie selbst keine Kolonien, im klassischen Sinne des Wortes, besaßen. Nur die alten Kolonialmächte Europas wussten, was es heisst, wenn eine unterdrückte Bevölkerung in Asien oder Afrika beginnt, ein Selbstbewusstsein zu entwickeln, eine entsprechende organisatorische Form zu finden, um in mächtigen Unabhängigkeitsbewegungen das Recht auf Selbstbestimmung zu fordern.

Der Weg zur Selbständigkeit

Als mit Frankreichs Rückzug aus Indochina Asien frei von Kolonien wurde - mit Ausnahme kleiner Gebiete wie Goa usw. - begann es überall zu dämmern. Freilich begann der Prozess bereits nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, als der indische Subkontinent, Ceylon, Burma und später Indonesien unabhängig wurden. Dort, wo die frühere Kolonialmacht nicht den historisch richtigen Zeitpunkt gefunden hatte, die Unabhängigkeit zu gewähren, kam es und kommt es zu Kämpfen, welche die Chancen einer demokratischen Entwicklung fast zunichte machen und Tür und Tor zur Oliguenherrschaft und Diktatur öffnen.

Neo-Kolonialismus Moskaus

Es ist nicht zu bestreiten, dass die Grossmächte in dieser Beziehung viele Fehler gemacht haben. Dass die Kommunisten eine völlig vorurteilvolle Einstellung zum Problem des Kolonialismus haben, braucht nicht besonders unterstrichen zu werden. Nicht nur, dass sie ebenso in den Kategorien der Einflussphären denken, übrigens ein typisches Merkmal der imperialistischen Epoche, sondern sie haben überall dort, wo sie die Macht dazu hatten, einen Kolonialismus neuer Prägung geschaffen. Wenn sie heute in vielen Ländern über einen grossen und gefährlichen Einfluss verfügen, dann hauptsächlich, weil sie die Problematik eher erkannt haben als die übrige Welt. Mit kurzfristigen Krediten, durch Entsendung technischer Experten und mit anderen Mitteln der Wirtschaftshilfe haben sie in Asien, Afrika und auch in Südamerika eine Infiltration erzielt, die in keinem Verhältnis etwa zu den finanziellen Hilfsmassnahmen des Westens steht. Das Dollar-Volumen, das die USA und andere westliche Staaten gegeben haben, ist zweifellos grösser und doch wächst damit keineswegs ihr Ansehen. Das liegt zum Teil darin begründet, dass der Westen viel zu spät erkannt hat, dass es nicht so sehr darauf ankommt, junge Staaten der Entwicklungsgebiete in militärische Regionalblöcke zu bringen, als vielmehr ihren eigenen oft unüblichen Weg der staatlichen und wirtschaftlichen Organisation zu respektieren. Heute weiss man endlich, dass Wirtschaftshilfe, auch oder gerade wenn sie ohne politische Bedingungen gewährt wird, ein Mittel der Politik ist.

Die Rolle der Bundesrepublik

Auch in der Bundesrepublik kam diese Erkenntnis sehr spät. Zwar gehört die Bundesrepublik fast allen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen an, doch bis vor kurzer Zeit war ihr finanzieller Beitrag dazu beschämend, besonders wenn man ihn an der Ausdehnung der eigenen Wirtschaftskapazität misst. Das ist glücklicherweise jetzt geändert worden. Noch vor weniger Jahren bedurfte es des stärksten Druckes der sozialdemokratischen Opposition, um im Plenum des Bundestages wenigstens die Summe von 50 Millionen DM für direkte Hilfeleistungen an die Entwicklungsländer von der Mehrheit bewilligt zu bekommen, die einen entsprechenden Antrag im Ausschuss abgelehnt hatte.

Heute gibt es annähernd hundert Organisationen verschiedenster Art in der Bundesrepublik, die sich mit den Problemen der Entwicklungsländer befassen. Viele von ihnen sind Zweige internationaler Institutionen. Heute ist die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern eine der wichtigsten Aufgaben unseres Jahrhunderts und diese Problematik wird die deutsche und internationale Politik noch jahrzehntelang beschäftigen. Es geht dabei nicht nur darum, die Herzen und Hirne der Menschen in Afrika und Asien zu gewinnen, sie zu diesem oder jenem gesellschaftlichen System oder zu dieser oder jener Ideologie zu bekehren. Die Vielzahl der neuen unabhängigen Staaten bedeutet auch eine völlig veränderte Situation und Machtverteilung in den Vereinten Nationen. Aus diesen Gründen kann es uns nicht gleichgültig sein, was dort geschieht; wir müssen mit grösster Aufmerksamkeit die Tätigkeit der Vereinten Nationen verfolgen und, auch wenn wir noch nicht Mitglied sein können, sie unterstützen.

Entscheidende Veränderungen in der UNO

Die Vereinten Nationen wurden zwar von den Siegermächten geschaffen, doch in den vergangenen Auseinandersetzungen zwischen den Grossmächten geriet diese Institution in Gefahr, ein ähnliches Schicksal zu finden wie der Völkerbund. Man bediente sich dieses Instruments solange man glaubte, eine Mehrheit für seine Auffassungen finden zu können, war aber strengstens darauf bedacht, nach Möglichkeit Konflikte oder Spannungen ausserhalb dieses Gremiums zu lösen. Jahrelang war es deshalb auch nicht möglich, einen Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen zu schaffen, weil die USA und die Sowjetunion es aus nationalen Prestigegründen vorzogen, bilaterale Hilfe zu leisten, in der Hoffnung, damit grösseren Einfluss zu erzielen. Dabei zeigte sich gerade in Zeiten der grössten internationaler Krisen, wie sehr die Vereinten Nationen das geeignete Forum sind, eine friedliche und unparteiische Vermittlerrolle zu übernehmen.

Wenn die Entwicklungsländer daher von Anfang an den Vereinten Nationen eine besonders grosse Rolle beimessen, so deshalb, weil nur in diesem einzigartigen Weltforum die Unterschiede zwischen grossen und kleinen, armen und reichen, weissen und farbigen Nationen keine Bedeutung haben. Es ist die einzige wirkliche, fast universelle Brücke zwischen den Völkern. Jedes Land hat nur eine Stimme. Bald wird die Summierung vieler Einzelstimmen der jungen Nationen Asiens, Afrikas und Südamerikas das Übergewicht über die alten Mächte und ihre Verbündeten haben. Dies braucht kein Grund zur Besorgnis zu sein, wenn wir die Zeichen der Zeit erkennen und uns unserer Verantwortung bewusst sind.

Belgien nach dem ersten Parlamentssturm

Von unserem Korrespondenten Georg Scheuer, z.Zt. in Brüssel

Die Brüsseler ausserordentliche Parlamentsdebatte stand im Zeichen der Offensive der Sozialistischen Partei nicht nur gegen die belgische Kongopolitik, sondern gegen die Gesamtpolitik der christlichsozial-liberalen Koalitionsregierung Eyskens. Die sozialistische Opposition forderte Verwaltungsreform, Sozialreform und Währungsreform. Wirtschaftliche Schwierigkeiten verschärfen die gegenwärtige politische Krise. Die Krise begann schon 1958, im Jahr der Brüsseler Weltausstellung, mit einem schweren Defizit der Staatsfinanzen, mit der Rezession und dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Zur belgischen Kohlenkrise kommt jetzt die Katastrophe im Kongo, die durch die Verweigerung einer rechtzeitigen liberalen Kolonialpolitik hervorgerufen und dann durch die ängstliche Haltung Brüssels unerhört zugespitzt wurde.

"Die Regierung hat unsere Beziehungen mit dem unabhängigen Kongostaat vollständig verdorben und uns innerhalb der Vereinten Nationen isoliert", erklärte der Sprecher der belgischen Sozialisten, Victor Larock, in der Parlamentsdebatte. Unter dem Ansturm der Opposition haben es die Liberalen vorgezogen, die christlichsozialen Minister in der Parlamentsdebatte voranzuschicken, um die gemeinsame Regierungspolitik zu verteidigen. Die Liberalen stammten sich bekanntlich solange als möglich gegen die Gewährung der kongolesischen Unabhängigkeit und versuchen jetzt, ebenso wie die Rechtsradikalen, den Spieß umzudrehen und die Sozialisten für die kongolesischen Ereignisse verantwortlich zu machen. Eine ähnliche Reaktion zeigt sich auch in der rechtskatholischen "Libre Belgique", die der Regierung vorwirft, gegenüber den sozialistischen Forderungen zu nachgiebig gewesen zu sein. Die Debatte hat trotz der Sturmflut gegenseitiger Beschuldigungen und Anklagen mit einem Mehrheitsvotum für die Regierung geendet. Die wichtigsten Fragen sind aber damit keineswegs gelöst, denn in Regierungslager herrscht Uneinigkeit über die nächsten Aufgaben und Schritte. Die geplante Verringerung der Militärausgaben im Zusammenhang mit dem Verlust der belgischen Stützpunkte in Afrika steht im Widerspruch zu der Lage, in der bis jetzt von Belgien verwalteter Ruanda-Urundi und dem Kauf amerikanischer F-104-G-Düsenjäger Eyskens will auch die in Deutschland stationierten belgischen Truppen zurückziehen. Der Außenminister und der Verteidigungsminister sind aber nicht einverstanden damit, daß Belgien sich für das Verhalten der NATO-Partner während der Kongokrise, durch Verringerung der Militärausgaben "rächt".

Im Schatten dieser Entwicklung entfalten die neuen rechtsradikalen Verbände eine rege Propaganda: die "Sammelbewegung zur Verteidigung der Belgier in Kongo" der "Aktionsausschuß zur Verteidigung der Belgier Afrikas" und die "Nationale Sammlung". Ihr Masseneinfluss ist aber noch nicht sehr gross. Die eigentliche Gefahr dürfte jetzt von der kapitalistischen Reaktion kommen, die nach dem Schlag in Kongo ihre Gewinne auf Kosten der belgischen Arbeitnehmer retten will, durch Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung für bestimmte Kategorien und andere Kürzungen der Sozialversicherung, beschleunigte Sperrung der Kohlengruben und Verzögerung der Pension für die Eisenbahner.

Wasserkopf Budapest - Ungarn dezentralisiert

rh. Die ungarische Regierung sieht sich mit steigender Besorgnis der Tatsache gegenüber, dass heute bereits 45 Prozent der Industriearbeiter Ungarns in Budapest beschäftigt sind und dass sich die ungarische Hauptstadt immer mehr zu einem Wasserkopf entwickelt. Die bisherigen Bemühungen des Regimes, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, blieben ohne Erfolg, der Zustrom zur Stadt ist seit langem bedeutend grösser als die Abwanderung; alle Propagandaaktionen stossen ins Leere. Jetzt will man es mit einer Dezentralisierung der Industrie und mit grösseren Investitionen für die Provinzgebiete versuchen.

Als erste Massnahme gilt das Verbot, in Budapest neue Fabriken zu errichten. Mehr als 80 Prozent der Investitionssummen, die im nächsten Fünfjahres-Plan für den Ausbau der Industrie und die Errichtung neuer Produktionsstätten vorgesehen sind, entfallen auf die Provinz. Der mit diesem Ausbau verbundene Zuwachs von neuen Arbeitsplätzen soll gleichfalls zu 50 Prozent auf die Provinz entfallen. Ausserdem will man in Budapest selbst die Belegschaften der grossen Werke dadurch systematisch verringern, dass Zweigbetriebe in Provinzstädte verlagert werden, die dann eine Stammbetriebschaft mitnehmen. Allerdings stossen die entsprechenden Pläne auf den Widerstand der Arbeiter und ihrer Familien, die vom Lande nichts wissen wollen. Als besondere Mängel des Landlebens werden hervorgehoben: Mangel an modernen Wohnungen, schlechte Schulverhältnisse, geringes oder ganz fehlendes kulturelles Leben sowie Mangel an weiblichen Arbeitsplätzen für die mitverdienenden Frauen und Töchter.

Dieser Opposition gegen das "Leben auf dem Lande" versucht man mit Entwicklungsplänen entgegenzuwirken, wie ihn jetzt der Soziologe Dr. Karoly Perczel in der Zeitschrift "Valóság" im Auftrag der Regierung publiziert hat. Dr. Perczel berichtet, dass von den 3100 Dörfern Ungarns nur 10 Prozent eine Wasserleitung und nur 18 Prozent Gasversorgung haben. Keines der Dörfer verfügt über Kanalisation. Die Dörfer und die Kolchosen sollen sich zu grösseren Verwaltungseinheiten zusammenschliessen, um so die finanziellen Mittel für ihre Modernisierung aufbringen zu können. Dr. Perczel schlägt als ideale Verwaltungseinheit ein Gebiet mit 15 000 Einwohnern vor, das aus neun Dörfern und 18 Kolchosen zu bestehen hätte. Dabei sollen je zwei Kolchosen mit einem Dorf die entsprechende untere Verwaltungseinheit bilden, die 2500 Einwohner hätte. Ein "Zentraldorf" mit 3000 Einwohnern soll zum Sitz der neuen Distrikt-Verwaltungseinheit erhoben werden.

In Ungarn ist eine Hebung des Lebensstandards auf dem flachen Lande ums. dringender, als der Anstieg der Bevölkerungszahl von Budapest von 1,6 Millionen im Jahre 1950 auf derzeit 1,8 Millionen die Aufnahmefähigkeit der Stadt bereits überschritten hat.

+ * +

Kommunalwahlen mit "Rathausparteien"

dg. - Hannover

Entgegen allen früheren Erwartungen werden nun doch im Lande, Niedersachsen die Kommunalwahlen am 23. Oktober auch unter Beteiligung von Wählervereinigungen, den sogenannten Rathausparteien, stattfinden. Die Landesregierung in Hannover hat wenige Tage nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes gegen das saarländische Kommunalwahlgesetz die Initiative zu einer Novelle ergriffen, die am 26. August in einer Sondersitzung des aus den Ferien zurückgerufenen Landtages verabschiedet werden soll. Damit würde Niedersachsen am ursprünglichen Wähltermin vom 23. Oktober festhalten können.

Der mit den Begründungen der Karlsruher Entscheidungen wenig vertraute Bundesbürger war überrascht, daß z.B. das niedersächsische Kommunalwahlgesetz, das erst im Frühjahr auch unter Berufung auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes novelliert worden war, nunmehr gleichfalls unter Berufung auf einen Spruch von Karlsruhe erneut abgeändert werden muss. Damals hatte der Erste Senat in Karlsruhe zu untersuchen, ob die sogenannten Rathausparteien hinsichtlich ihrer Antragsberechtigung die gleichen Voraussetzungen erfüllen wie politische Parteien im Sinne von Art. 21 des Grundgesetzes. Dabei wurde entschieden, daß Organisationen mit lediglich kommunaler Zielsetzung keine Parteien im Sinne des Grundgesetzes sind, weil sie nicht am Verfassungsleben teilhaben. Bei der jüngst entschiedenen Verfassungsbeschwerde gegen das saarländische Kommunalwahlgesetz dagegen ging es in Zweiten Senat um die Frage, ob durch die Ausschaltung der Rathausparteien der allgemeine Gleichheitsgrundsatz und die gleichen staatsbürgerlichen Rechte aller Deutschen (Art. 33 GG) verletzt worden sind.

Es ist übrigens recht bemerkenswert, daß die Verfassungsbeschwerde ein saarländischer, der CDU angehörender Journalist S. mit der Begründung eingebracht hatte, er habe die Absicht gehabt, bei den Saar-Kommunalwahlen "auf einer freien Liste" - also nicht bei seiner eigenen Partei! - zu kandidieren.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung war der Meinung, daß angesichts der Sonderstellung der politischen Parteien der Landesgesetzgeber von Bundesverfassungswegen nicht gehalten sei, nach dem Gebot der Chancengleichheit Rathausparteien wie politische Parteien zu behandeln. Schließlich äusserte die Landesregierung in Düsseldorf in ihrer Stellungnahme an das BVerG, daß die Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen heute im wesentlichen von den auf Landes- und Bundesebene tätigen politischen Parteien getragen werden. Wenn der Landesgesetzgeber in einem Wahlgesetz diesem soziologischen Faktum in angemessener Weise Rechnung trage, so sei das verfassungsrechtlich unbedenklich.

Das Bundesverfassungsgericht war anderer Meinung. Es verwies einerseits auf Grundgesetzartikel 21, in der die politischen Parteien als verfassungsrechtlich notwendige Instrumente für die politische Willensbildung anerkannt und in den Rang einer verfassungsrechtlichen Institution erhoben worden sind. Die ausschließliche Willensbildung im Parteienrahmen werde aber vom Grundgesetz auf der kommunalen Ebene durch die institutionelle Garantie der Selbstverwaltung in Artikel 28 GG verfassungskräftig abgewehrt. Es muss also - ebenso wie zur Zeit der Weimarer Republik - auch ortsgliedernde, lediglich kommunale Interessen verfolgende Wählergruppen das Wahlvorschlagsrecht und deren Kandidaten eine chancengleiche Teilnahme an den Kommunalwahlen gewährleisten sein.

Im Lager der SPD-Gegner ist man über die von Karlsruhe ausgesprochene Wiederezulassung der Rathausparteien wenig erbaut. Die dadurch vermehrte Stimmzersplitterung möchte man gerne durch Wiedereinführung von Listenverbindungen ausgleichen. Auch ein anderes Problem kommt mit den Rathausparteien wieder hoch: bereits jetzt wird verschiedentlich darauf hingewiesen, daß gerade die örtlichen Wählervereinigungen radikalen Elementen von Links und rechts Unterschlupf bieten könnten. Gegen diese Gefahr allerdings ist der Wähler selbst aufgerufen. Es wird zunehmend verstärkt an ihm liegen, Parteien und Kandidaten zu prüfen, die sich um seine Gunst bewerben. Die sozialdemokratischen Leistungen in den Gemeinden geben die Gewissheit, dass der Wähler auch diesmal die richtige Entscheidung trifft.

Bottrop - Vertrauen der Bürger gerechtfertigt

Von Bürgermeister Otto Joschko

Bei der Kommunalwahl am 28. Oktober 1956 erhielt die SPD in Bottrop, der Bergarbeiterstadt im nördlichen Ruhrgebiet mit 113 000 Einwohnern, von 42 Sitzen des Rates der Stadt 25 und errang damit zum ersten Mal die absolute Mehrheit im Rat, in dem sie schon seit 1946 immer die stärkste Fraktion stellte.

Rückblickend auf die seit der Kommunalwahl 1956 vergangene Zeit kann heute mit Stolz gesagt werden, dass die Bottroper SPD das in sie gesetzte Vertrauen nicht enttäuscht, und dass sie ihre Mehrheit im Rat der Stadt zum Wohle und Nutzen der Bevölkerung gebraucht hat.

Dafür einige Beispiele: Mit einem Kostenaufwand von rund 4,1 Millionen DM wurde ein modernes, nach den neuesten Erkenntnissen ausgestattetes Hallenbad errichtet, das der Jugend und der schwer arbeitenden Bevölkerung Gelegenheit zur sportlichen und gesundheitlichen Betätigung gibt. Für den Neubau, Wiederaufbau und die Modernisierung alter Volksschulen wurden 8,4 Millionen DM verausgabt. Die Zahl der Klassenräume wurde um 29, die der Unterrichtsablenräume von 17 auf 49 erhöht. Für 2,1 Millionen DM wurde eine der modernsten Mädchenrealschulen im Bundesgebiet errichtet. Drei neue Turnhallen und zwei Lehrschwimmbecken wurden gebaut. Mit 1,04 Millionen DM wurde der Bau von zwei Waisenhäusern und einem Altersheim bezuschusst.

Was seit mehr als 30 Jahren der Wunsch der Bottroper Bevölkerung war, nämlich die Beseitigung der Elendsquartiere in der Kolonie Haardtbusch, wurde von der SPD-Fraktion in Angriff genommen; die ersten 24 Wohnungen für die Bewohner der Elendsquartiere sind richtfertig.

Mit 1,6 Millionen DM aus eigenen Mitteln unterstützte der Rat den Bau von Wohnungen für die sogenannten Normalverbraucher. Besondere Aufmerksamkeit widmete die SPD-Fraktion dem vor dem Kriege arg vernachlässigten Strassen- und Kanalbau, für den in den letzten vier Jahren 12,3 Millionen DM ausgegeben wurden. Damit wurden 24,1 km Strassen und 27 km Kanäle neu gebaut bzw. ausgebaut. Der Ausbau der Strassenbeleuchtung wurde so forciert, dass von 1956 bis 1960 die Zahl der Strassenleuchten von 1 757 auf 2 951 erhöht wurde.

Mit einem Kostenaufwand von 548 000,-- DM wurde der veraltete Schlachthof modernisiert und ausgebaut, während 295 000,-- DM für den Ausbau von Wald- und Parkanlagen ausgegeben wurden.

Die Neuordnung der Innenstadt wurde soweit vorangetrieben, dass sie in den nächsten Jahren abgeschlossen werden kann. Schon heute zeigt die Stadt ein modernes und neuzeitliches Gepräge.

So spiegeln sich auf den verschiedensten Gebieten der kommunalen Arbeit die Erfolge sozialdemokratischer Kommunalpolitik wider. Vor der kommenden Kommunalwahl fürchtet sich die Bottroper SPD nicht; sie kann ihren Wählern bekennen: "Was wir versprochen haben, haben wir auch gehalten."

+ + -